



**komba**  
**gewerkschaft**

schleswig-  
holstein

Landeshaus

Claus Christian Claussen

Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Fachgewerkschaft  
für den öffentlichen Dienst

Hopfenstraße 47  
24103 Kiel

Telefon: 0431.535579-0  
Fax: 0431.535579-20

Mail: [info@komba-sh.de](mailto:info@komba-sh.de)  
Web: [www.komba-sh.de](http://www.komba-sh.de)

Vereinsregister: VR 7506 KI

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 20/3867

Kiel, 25.10.2024

- per Mail -

**Stellungnahme der komba gewerkschaft schleswig-holstein zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vergabegesetzes Schleswig-Holstein - Drucksache 20/2286**

Sehr geehrter Herr Claussen,

die komba gewerkschaft schleswig-holstein bedankt sich für die Möglichkeit, zu dem o.g. Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Wir möchten wie folgt schriftlich Stellung nehmen:

Die komba gewerkschaft fordert die Erhöhung des Mindestlohns im Rahmen der Vergabe öffentlicher Aufträge. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf den Fachkräftemangel, erachten wir es als unerlässlich, den Mindestlohn auf ein Niveau anzuheben, das signifikant über dem bundesweiten Mindestlohn liegt. Eine solche Erhöhung würde Schleswig-Holstein zu einem attraktiveren Standort für Fachkräfte machen. Höhere Löhne sind entscheidend, um der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte entgegenzuwirken und die im Land ansässigen Fachkräfte zu sichern. Ein erhöhter Mindestlohn, idealerweise verbunden mit der Wiedereinführung der Tarifbindung, gewährleistet gerechte Löhne und fördert faire Arbeitsbedingungen.

Darüber hinaus fordern wir eine verstärkte Tarifbindung in Schleswig-Holstein. In den letzten Jahren ist die Zahl der Unternehmen, die sich an Tarifverträge binden, kontinuierlich zurückgegangen. So galt 1998 in Westdeutschland für 76 Prozent der Beschäftigten ein Tarifvertrag, während dieser Anteil bis 2023 auf lediglich 51 Prozent gesunken ist. In Ostdeutschland hat sich dieser Anteil von 63 Prozent auf nur noch 44 Prozent reduziert. Tarifverträge bieten im Vergleich zu gesetzlichen Mindeststandards deutlich bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Vor dem Hintergrund steigender Lebenshaltungskosten ist es notwendig, die Rückkehr zur Tarifbindung voranzutreiben, um den Beschäftigten faire Löhne zu garantieren und Lohngerechtigkeit zu fördern.

Die sofortige Erhöhung des vergabespezifischen Mindestlohns sowie die Wiedereinführung der Tarifbindung stellen wesentliche Schritte dar, um die Arbeitsbedingungen in Schleswig-Holstein zu verbessern, den Fachkräftemangel zu bekämpfen und die wirtschaftliche Stabilität der Region zu sichern. Wir appellieren an den Schleswig-Holsteinischen Landtag, diese wichtigen Maßnahmen zu ergreifen, um sowohl sozialen Frieden als auch wirtschaftliche Prosperität in unserer Region zu fördern.

Für Rückfragen oder weitere Informationen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung. Wir hoffen, dass unsere Anmerkungen und Vorschläge in den weiteren Diskussionen Berücksichtigung finden werden.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Christian Sehleier  
-Leiter der Geschäftsstelle-